

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Oktober/November 2009

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Miriam Greif

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 26. Oktober bis zum 01. November 2009

I. Institutionelle Angelegenheiten

Europäischer Rat ermöglicht Tschechien Ratifizierung von Lissabon-Vertrag

Die Staats- und Regierungschefs der EU griffen am 29./30.10. das Anliegen des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus auf, die Grundrechtscharta für Tschechien auszuschließen. Zum Abschluss des nächsten Beitrittsvertrags soll ein Protokoll in Kraft treten, das dieselbe Ausschlussklausel wie für das Vereinigte Königreich und Polen enthält. Der Gipfel bekräftigte aber auch, dass alle der Union nicht in den Verträgen übertragenen Zuständigkeiten bei den Mitgliedsstaaten verbleiben und dass die Grundrechtscharta ausschließlich bei der Durchführung des Rechts der Union gilt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf

Lissabonner Vertrag voraussichtlich am 01.12. in Kraft

Nach Presseberichten erwarten die Staats und Regierungschefs der EU, dass der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus nach dem für den 03.11. angekündigten Urteil des tschechischen Verfassungsgerichtshofs den EU-Reformvertrag unterzeichnen wird. Auf einem Sondergipfel werden voraussichtlich noch im November der Vorsitzende des Europäischen Rats, der EU-Außenbeauftragte und gleichzeitig Kommissionsvizepräsident sowie die Mitglieder der Kommission benannt. Die Anhörungen der neuen Kommissionsmitglieder im Europäischen Parlament würden im Dezember durchgeführt werden, so dass die neue Kommission im Januar ihre Tätigkeit aufnehmen kann. Seit 01.11. führt die bisherige Kommission nur noch die laufenden Geschäfte.

<http://euobserver.com/9/28918/?rk=1>

Neue Kommissionsmitglieder vereidigt

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften hat am 26.10. eine feierliche Sitzung abgehalten, in der die Herren Algirdas Gediminas **ŠEMETA** (Litauen, Kommissar für Haushalt), Paweł **SAMECKI** (Polen, Kommissar für Regionalpolitik), Karel **DE GUCHT** (Belgien, Kommissar für Entwicklungspolitik) und Maroš **ŠEFČOVIČ** (Slowakei, Kommissar für Bildung) die feierliche Verpflichtung gemäß den Verträgen übernommen haben. Die Ernennungen erfolgten bis zum Ende der Amtszeit ihrer Vorgänger am 31.10.2009.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-10/cp090095de.pdf>

Johannes Laitenberger Kabinettschef von Kommissionspräsident Barroso

Der bisherige (deutsche) Leiter des Sprecherdienstes der EU-Kommission, Johannes Laitenberger, wird ab 01.11. neuer Kabinettschef von Kommissionspräsident Barroso. Er ersetzt João Vale de Almeida, der am selben Tag sein Amt als Generaldirektor für Außenbeziehungen antritt. Vale de Almeida wird aber weiterhin den Kommissionspräsidenten bei der Vorbereitung der G8/G20- Tagungen als „Sherpa“ unterstützen. Nachfolger Laitenbergers im Sprecherdienst wird die bisherige stellvertretende Leiterin Pia Ahrenkilde Hansen. Der bisherige Direktor im Generalsekretariat Fernando Frutuoso de Melo wird neuer stellvertretender Kabinettschef von Kommissionspräsident Barroso, als Nachfolger von Jean-Claude Thébaud, der ebenfalls zum 01.11. zum stellvertretenden Generalsekretär der Kommission ernannt worden ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/486&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Kommissionspräsident Barroso bei den Feierlichkeiten zum Mauerfall

Zum 20. Jahrestag des Mauerfalls am 09.11. hat Bundeskanzlerin Merkel die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten sowie der USA und Russlands zu Feierlichkeiten nach Berlin eingeladen. Teilnehmen werden auch EP-Präsident Jerzy Buzek und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso.

<http://www.mauerfall09.de/>

Kommissionspräsident Barroso bei Gipfel der Friedensnobelpreisträger

Der 10. Weltgipfel der Friedensnobelpreisträger feiert den Jahrestag des Mauerfalls gemeinsam mit der Bundesregierung und geladenen Staats- und Regierungschefs am 10. und 11. 11. in Berlin. Unter der Führung von Michail Gorbatschow treffen sich 18 der Ausgezeichneten, darunter auch Lech Walesa aus Polen sowie Vertreter mehrerer internationaler Organisationen. EU-Kommissionspräsident Barroso wird ein Grußwort halten.

<http://www.nobelforpeace-summits.org/program-for-10th-summits/>

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

Verstärktes Engagement der EU in Pakistan und Afghanistan

Die Staats- und Regierungschefs billigten am 29./30.10. die Schlussfolgerungen des Rates der Außenminister vom 27.10., wonach vor Ende 2009 ein umfassender Plan für ein verstärktes Engagement, einschließlich Finanzierungsvorschlägen vorzulegen ist. Der Konflikt in Afghanistan lasse sich nicht lösen, wenn nicht auch die komplexe Lage in Pakistan in Angriff genommen werde. Mit Pakistan solle die entstehende strategische Beziehung vertieft und die bilateralen Handelsbeziehungen wesentlich intensiviert werden, wozu langfristig auch ein Freihandelsabkommen zählen könnte. In Afghanistan werde sich die EU in erster Linie bemühen, effiziente und rechtsstaatliche Institutionen, insbesondere auf subnationaler Ebene, sowie Polizei und Justiz zu stärken.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf (Europäischer Rat)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14576.de09.pdf> (Schlussfolgerungen Außenrat)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14064.de09.pdf> (Aktionsplan Außenrat)

b) Außenhandel

Keine Zollpräferenz für Waren aus israelisch kontrolliertem Westjordanland

Nach den Schlussanträgen von Generalanwalt Yves Bot vor dem Europäischen Gerichtshof, kann Erzeugnissen mit Ursprung in den besetzten Gebieten nicht die Präferenzbehandlung des Abkommens EWG-Israel gewährt werden. Die gemeinschaftlichen Zollbehörden dürften den israelischen Ursprung dieser Erzeugnisse nicht anerkennen, da das Westjordanland völkerrechtlich nicht Teil Israels sei. Das Präferenzabkommen EWG-PLO finde ebenfalls keine Anwendung, da keine Ursprungsnachweise von palästinensischen Behörden ausgestellt worden seien. Im Ausgangsfall vor dem Finanzgericht Hamburg hatte die deutsche Firma Brita im Westjordanland hergestellte Soda-Club-Produkte nach Deutschland eingeführt und dabei als Ursprungsland Israel angegeben.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-10/cp090097de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-386/08>
(Schlussanträge)

Fortschrittsbericht zu öffentlichen Ausschreibungen in Drittstaaten

Die EU-Kommission verabschiedete einen Bericht an den Rat über den Stand der internationalen Verhandlungen beim Zugang der europäischen Unternehmen zu den Beschaffungsmärkten von Drittstaaten.

http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/international_en.htm

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

Europäischer Entwicklungsbericht fordert Vorrang für fragile Staaten

Während der diesjährigen Europäischen Entwicklungstage in Stockholm wurde der erste Europäische Entwicklungsbericht vorgestellt. Die führenden Experten betonen in ihrem Bericht die destabilisierenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und geben Empfehlungen für künftige Maßnahmen ab. An die Geber richten sie insbesondere die Forderung, ihre Hilfezusagen einzuhalten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1589&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der vollständige Bericht ist abrufbar unter : <http://erd.eui.eu/>

Finanzielle Beiträge für europäischen Entwicklungsfonds festgelegt

Der Rat traf die Entscheidung zur Festlegung der finanziellen Beiträge der zum Europäischen Entwicklungsfonds beitragenden Mitgliedstaaten (3. Tranche 2009).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14653.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14653-co01.de09.pdf>

Entscheidende Rolle der Medien bei der Beseitigung der Armut

Im Vorgriff auf das am 21. Januar 2010 in Madrid beginnende Europäische Jahr zur Bekämpfung der Armut 2010 wandte sich die Kommission am 28.10. mit zwei Veranstaltungen in Brüssel an die Presse und die Medien. Im Rahmen des Seminars „Armut und Medien“ und der Konferenz zum Thema „Armut zwischen Wahrnehmung und Realität: eine kommunikative Herausforderung“ haben Medien und Interessenträger über die Frage diskutiert, wie Kommunikatoren und Medien eine Schlüsselrolle beim Kampf gegen die Armut und die soziale Ausgrenzung übernehmen können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1597&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=88&langId=de&eventsId=211&furtherEvents=yes>

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_321_en.pdf

www.2010againstopoverty.eu

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit

Europäischer Rat für Solidarität bei illegaler Einwanderung

Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten, dass die Reaktion auf illegale Einwanderung von Solidarität und gemeinsamer Verantwortung getragen sein soll. Sie nahmen die Pilotprojekte bei der freiwilligen Aufnahme von Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz aus Malta zur Kenntnis und forderten, dass vor Ende 2009 eine Einigung über das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen erzielt wird. Die operativen Kapazitäten von FRONTEX seien zu stärken, insbesondere bei gemeinsamen Operationen auf See und bei der Zusammenarbeit mit Ursprungs- und Transitländern.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf

Deutschland muss Antidiskriminierung im Arbeitsrecht verbessern

In einer letzten Mahnung vor Klageerhebung beanstandet die Kommission, dass Kündigungen nicht unter das Gesetz zum Schutz gegen Diskriminierung aufgrund der Rasse und der ethnischen Herkunft fallen, dass der Schutz vor Viktimisierung ausdrücklich nur für den Beschäftigungsbereich gewährleistet ist, jedoch auch in anderen Bereichen Anwendung finden müsste. Gerügt werden ferner Leistungseinschränkungen für Beamte oder Soldaten in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft, wohingegen verheiratete Partner Anspruch etwa auf Beihilfe, Familienzuschlag und Hinterbliebenenpension hätten. Schadensersatz bei einem Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot müsse auch ohne persönliche Schuld des Arbeitgebers geleistet werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1617&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1620&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=612&langId=de>

Deutschland diskriminiert ausländische Pensionseinrichtungen

Die Kommission hat Deutschland in einer letzten Mahnung vor Klageerhebung zur Änderung seiner Rechtsvorschriften aufgefordert, die zu einer diskriminierenden Besteuerung ausländischer Pensionseinrichtungen führen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1640&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/infringements/infringement_cases/index_de.htm

http://ec.europa.eu/community_law/infringements/infringements_de.htm

Arbeitslosenquote der Eurozone im September bei 9,7%, EU bei 9,2%

In der Eurozone (EZ16) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im September 2009 bei 9,7%, gegenüber 9,6% im August. Im September 2008 betrug sie 7,7%. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im September 2009 bei 9,2%, gegenüber 9,1% im August. Im September 2008 hatte sie 7,1% betragen. Für die Eurozone ist dies die höchste Quote seit Januar 1999 und für die EU27 seit Beginn der Zeitreihe im Januar 2000.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/153&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europäer fordern Aktionen gegen Armut

73 % der Europäer sehen Armut als großes Problem in ihrem Land und 89 % wollen, dass ihre Regierung rasch etwas unternimmt. Dies sind die wichtigsten Erkenntnisse aus der neuen Eurobarometer-Erhebung zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung, die die Europäische Kommission am 27.10. vorgestellt hat. In Deutschland sehen praktisch wie im EU-Durchschnitt 72% der Befragten Armut als großes Problem und in Österreich 53%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1585&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/480&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_321_en.pdf

Effektiver Rechtsschutz für gekündigte schwangere Arbeitnehmerinnen

In einem Fall aus Luxemburg entschied der Europäische Gerichtshof, wie von Generalanwältin Trstenjak in ihren Schlussanträgen vorgeschlagen, dass Schwangeren angemessene Rechtsbehelfsfristen zur Verfügung stehen müssen. Der Gerichtshof äußerte Bedenken, ob die fünfzehntägige Klagefrist des luxemburgischen Rechts im Fall der Klage bei Kündigung während der Schwangerschaft, diesem Grundsatz entspricht. Bedenken äußerten die Richter auch hinsichtlich des Ausschlusses des ansonsten geltenden Rechts auf Schadenersatz, bei Kündigung von Schwangeren. Schwangeren steht nur die Klage auf Aufhebung der Kündigung

und Wiedereinstellung zur Verfügung. Diese Fragen sind nun vom luxemburgischen Gericht zu prüfen.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-10/cp090098de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-63/08> (Urteil)

Veröffentlichung der Eurobarometer-Umfrage zum Thema Diskriminierung

Die Ergebnisse werden am 09.11. in Brüssel präsentiert. Die EU-Bürger wurden zu ihrer Meinung zum Thema Diskriminierung befragt, u.a. zu Fragestellungen wie "Wie denken die europäischen Bürgerinnen und Bürger über das Thema Diskriminierung" und "Sind sie der Meinung, dass sie selbst oder gesellschaftliche Gruppen diskriminiert werden?"

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=423&langId=de>

b) Gesundheit

Strategie zur HIV/Aids-Bekämpfung für den Zeitraum 2009-2013

Die Kommission hat am 26.10. ihr Engagement im Kampf gegen HIV/Aids in der EU und den Nachbarländern erneuert und eine Strategie für den Zeitraum 2009-2013 angenommen. Die Zahl der Menschen, die mit HIV/Aids leben, sein der EU und den Nachbarländern von 1,2 Millionen im Jahr 2001 auf 2,2 Millionen im Jahr 2007 gestiegen. Ungefähr 730 000 von ihnen leben in der EU. Die Strategie legt den Schwerpunkt auf drei Hauptaspekte: HIV-Prävention und HIV-Testung, prioritäre HIV-Hochrisikogruppen und prioritäre Regionen. Begleitet wird die Strategie von einem Aktionsplan, in dem konkrete Maßnahmen, die Zielgruppen sowie Bewertungsinstrumente zur Messung der Fortschritte dargelegt sind.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1583&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/health/ph_threats/com/aids/aids_en.htm

http://ec.europa.eu/health-eu/health_problems/hiv-aids/index_de.htm

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

a) Ernährung

Kommission will Preisbildung für Lebensmittel überwachen

In ihrer Mitteilung vom 28.10. bemängelt die Kommission, dass die Lebensmittelpreise trotz des drastischen Rückgangs der Agrarrohstoffpreise seit Mitte 2008 nur wenig gefallen sind. Häufig seien auch die Preise, die der Landwirt erzielt und die Preise die der Verbraucher zu zahlen hat, voneinander entkoppelt, wie sich beim Milchmarkt gezeigt habe. Notwendig sei mehr Transparenz. Die EU-Kommission legt hierzu gleichzeitig mit der Mitteilung ein neues statistisches Instrument für die Überwachung der Lebensmittelpreise vor. Die Mitgliedsstaaten sollten den Verbrauchern per Internet einen leichten Vergleich der Lebensmittelpreise ermöglichen. Zu prüfen sei auch wie die Marktmacht der Bauern etwa durch Gründung von Erzeugerorganisationen gestärkt werden könne.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1593&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article16028_en.htm

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication16061_de.pdf

Kommission leitet Diskussion über Tierschutzkennzeichnung ein

Die Kommission genehmigte am 28.10. einen Bericht, in dem sie zur Einleitung einer intensiven Diskussion mit den anderen Institutionen verschiedene Aspekte der Tierschutzkennzeichnung beleuchtet. Allgemein sollen Verbraucher die Möglichkeit bekommen, beim Kauf Produkte aus artgerechter Haltung einfacher erkennen und wählen zu können, wodurch die Produzenten einen wirtschaftlichen Anreiz für die Verbesserung des Tierschutzes hätten. Denkbar wäre ein

freiwilliges Tierschutzlabel der Gemeinschaft. Der Bericht enthält auch mehrere Szenarien für die Einrichtung eines europäischen Netzes von Referenzzentren für den Tierschutz.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1610&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/options_animal_welfare_labelling_report_en.pdf (Report)

http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/index_de.htm

Herkunftsbezeichnung „Schwäbische Maultasche“ geschützt

Die EU-Kommission registrierte drei neue Herkunftsbezeichnungen. Es handelt sich um die "Schwäbische Maultaschen" oder "Schwäbische Suppenmaultaschen" (IGP), die italienischen sauerkirschen "Amarene Brusche di Modena" (IGP) und die spanischen Rüben "Grellos de Galicia" (IGP).

http://ec.europa.eu/agriculture/quality/index_fr.htm

b) Landwirtschaft

Beihilferahmen für Landwirte auf 15 000 EUR je Betrieb angehoben

Wie angekündigt entschied die Kommission am 28.10., dass die Mitgliedstaaten bis Ende 2010 den Landwirten einzelstaatliche Beihilfen in Höhe von bis zu 15 000 EUR je Betrieb zahlen können. De-Minimis-Beihilfen, die der Betrieb seit Anfang 2008 erhalten hat, sind von diesem Betrag abzuziehen. Beihilferegulungen, die dieses neue Instrument nutzen, müssen allen in der Primärerzeugung tätigen Landwirten offen stehen und andere bereits bestehende Krisenmaßnahmen des betreffenden Mitgliedstaats ergänzen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1599&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/agriculture/markets/milk/index_de.htm

Vermittlungsverfahren zu Statistiken zu Pflanzenschutzmitteln

Der Rat lehnte einen Teil der Änderungen des EP in zweiter Lesung ab und berief den Vermittlungsausschuss ein.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/gena/110776.pdf (Council Gen. Affairs)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14079.de09.pdf>

c) Fischerei

EU bereit zur Bekämpfung der illegalen Fischerei

Nach der befürwortenden Stellungnahme des Ausschusses für Fischerei und Aquakultur im September hat die Kommission am 22.10. eine Verordnung mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU-Fischerei) aus dem Jahr 2008 angenommen. In ihrem Rahmen werden sämtliche Anlandungen und Umladungen, die Fischereifahrzeuge aus Drittländern in Gemeinschaftshäfen durchführen, und alle Erzeugnisse der Meeresfischerei, die in die EU eingeführt und aus der EU ausgeführt werden, überwacht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1590&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

Einführung des SEPA-Zahlungsinstruments für Lastschriften am 02.11.

Ab 02.11. werden europäische Banken ihren Kunden die Möglichkeit geben, ihre ersten Überweisungen über das neue SEPA-Zahlungsinstrument für Lastschriften vorzunehmen. In der Praxis heißt dies, dass Sie dank SEPA schnelle und sichere Überweisungen zwischen Bankkonten im gesamten Euro-Währungsgebiet erledigen können. SEPA, der „Einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum“, ist eine Initiative des europäischen Bankwesens, durch die der elektronische Zahlungsverkehr im Euro-Währungsgebiet genauso einfach wird wie innerhalb eines Landes. Das SEPA-Projekt wird von der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank unterstützt.

http://ec.europa.eu/internal_market/payments/sepa/index_de.htm

b) Wettbewerbsrecht

Eingehende Prüfung zu ungarischer Audi-Beihilfe

Die Kommission hat nach ein förmliches Verfahren eingeleitet, um die ungarische Beihilfe für ein Investitionsvorhaben zur prüfen, das Audi Hungaria Motor Kft. in seiner bestehenden Betriebsstätte in Győr durchführen will. Ungarn beabsichtigt, den Bau einer neuen High-Tech-Fertigungslinie für Motoren und Motorkomponenten der neuen Generation für verschiedene Pkw-Modelle des Volkswagen-Porsche-Konzerns zu unterstützen. Derzeit vertritt die Kommission den vorläufigen Standpunkt, dass die Marktanteile des Volkswagen-Porsche-Konzerns die in den Leitlinien der Kommission für Regionalbeihilfen (siehe [IP/05/1653](#)) festgelegten Schwellenwerte und insbesondere die Schwellen für große Investitionsvorhaben übersteigen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1631&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft, Finanzen und Steuern

a) Wirtschaft

Europäischer Rat nimmt EU-Strategie für Ostseeraum an

Die Staats- und Regierungschefs billigten die in der Mitteilung der Kommission vorgeschlagene Strategie für ökologische Nachhaltigkeit, eine stärkere und in wirtschaftlicher Hinsicht erfolgreichere Integration, die leichtere Zugänglichkeit und Attraktivität sowie die Sicherheit der Region und waren sich darüber einig, dass für die Umsetzung und die Weiterverfolgung der Strategie für den Ostseeraum eine Governance-Struktur erforderlich ist. Die betroffenen Mitgliedstaaten, die Kommission und die anderen Parteien werden aufgefordert, Koordinatoren zu benennen, welche die Aufgabe der Koordinierung und Überwachung der Fortschritte bei den Maßnahmen und Vorzeigeprojekten in den 15 Prioritäten Bereichen des Aktionsplan wahrnehmen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st13/st13744.de09.pdf> (Ostseestrategie)

Neubau der Kölner Messehallen ohne Ausschreibung rechtswidrig

Wie von Generalanwältin Verica Trstenjak in ihren Schlussanträgen vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass Deutschland dadurch gegen die EG-Vergaberichtlinie über öffentliche Bauaufträge verstoßen hat, dass die Stadt Köln mit der Grundstücksgesellschaft Köln Messe 15 bis 18 GbR den Vertrag vom 6. August 2004 direkt abgeschlossen hat.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-536/07](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-536/07)

Veröffentlichung der Wirtschaftsprognose Herbst 2009 am 03.11.

Die Europäische Kommission veröffentlicht ihre aktuelle Wirtschaftsprognose für den Zeitraum 2009-2011, die Inflationsentwicklung, Wirtschaftswachstum und Beschäftigungslage der 27-EU-Mitgliedstaaten und der Anrainerstaaten beinhaltet.

http://ec.europa.eu/economy_finance/index_en.htm

Inflationsrate der Eurozone im Oktober auf -0,1% geschätzt

Die jährliche Inflationsrate der Eurozone für Oktober 2009 wird auf -0,1% vorausgeschätzt. Im September lag die Rate bei -0,3%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/154&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

Ausländische Atombetriebsgenehmigungen müssen anerkannt werden

Im Verfahren des Landes Oberösterreich gegen das tschechische Kernkraftwerk Temelin entschied der Europäische Gerichtshof, im Ergebnis wie von Generalanwalt Poiares Maduro in seinen Schlussanträgen vorgeschlagen, dass die österreichischen Gerichte, die mit einer nachbarrechtlichen Klage von Grundstückseigentümern auf Unterlassung schädlicher Einwirkungen durch das Kernkraftwerk Temelín befasst sind, die von den tschechischen Behörden erteilte Betriebsgenehmigung berücksichtigen müssen. Auch im Rahmen des EURATOM-Vertrags hätten Diskriminierungen zwischen in- und ausländischen Betriebsgenehmigungen zu unterbleiben.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2009-10/cp090096de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-115/08> (Urteil)

EU-Kommission und USA verbessern Energieeffizienz von Bildschirmen

Im Rahmen des von der EU und den USA gemeinsam betriebenen Programms „Energy Star“ haben beide Seiten neue Spezifikationen für Bildschirme vereinbart. Die neuen Kriterien gelten ab 29.10. und werden den Prognosen zufolge in den nächsten fünf Jahren in der EU Stromeinsparungen im Umfang von ca. 9 TWh – das entspricht dem jährlichen Stromverbrauch der Haushalte Bulgariens – ermöglichen. „Energy Star“ ist Teil der EU-Strategie zur besseren Steuerung der Energienachfrage, zur Steigerung der Energieversorgungssicherheit und zur Eindämmung des Klimawandels.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1652&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://www.eu-energystar.org/>

c) Finanzen

Erste Beiträge der EU für UNO-Klimakonferenz auf freiwilliger Basis

Die Staats- und Regierungschefs einigten sich am 29./30.10. informell darauf, den Beitrag der EU zu den bis 2020 erforderlichen 22 bis 50 Mrd. EUR jährlich an öffentlichen Hilfen für die Entwicklungsländer zunächst durch freiwillige Beiträge der Mitgliedstaaten aufzubringen. Dies bedeute, wie von der Kommission berechnet, in den ersten drei Jahren (2010-2012) 5 bis 7 Mrd. EUR jährlich. Zusagen von Mitgliedstaaten lägen schon vor. Auszuarbeiten sei eine EU-interne Lastenteilung, die der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung trägt. Hierfür werde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. In ihrer gemeinsamen Pressekonferenz sprachen der schwedische Premierminister Reinfeldt als Ratsvorsitzender und Kommissionspräsident Barroso von einem Durchbruch.

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/10/30/webcast_press_conference_with_prime_minister_frederik_reinfeldt_after_the_european_council

Europäischer Rat bestätigt Maßnahmen gegen Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Staats- und Regierungschefs dringen auf eine Einigung über das Gesamtpaket zur Finanzaufsicht bis Dezember. Dies beinhaltet den Europäischen Ausschuss für Systemrisiken und die Einsetzung der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden für die Mikroebene. Sie begrüßen ferner die Ergebnisse des G20-Gipfels zur Stärkung der internationalen Finanzaufsicht, zur Reform der internationalen Standards für Vergütungen und der Verständigung auf globale Rechnungslegungsstandards. Trotz beginnender Erholung müssten die Konjunkturmaßnahmen seien aber fortzusetzen; dem Europäischen Rat im Dezember sei hierüber Bericht zu erstatten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf

Bessere Konditionen für Kreditvergabe an Unternehmen und Verbraucher

In ihrer Umfrage zur Kreditvergabe der Banken im Euroraum im dritten Quartal, fand die Europäische Zentralbank einen deutlichen Rückgang der Banken, die schärfere Kreditstandards für Unternehmen anwenden, nämlich nur noch 8% verglichen mit 21% im zweiten Quartal. Für das vierte Quartal erwarten die Banken sogar eine Lockerung der Kreditanforderungen an die Unternehmen. Zu berücksichtigen sei allerdings, dass damit die im Laufe der Finanzkrise vollzogenen Verschärfungen noch nicht rückgängig gemacht werden. Die Finanzierungsfrage bleibt damit für die Unternehmen weiterhin akut. Die verschärfte Kreditvergabe für private Immobilien und Verbraucherdarlehen ging im selben Zeitraum von 22 auf 14 bzw. 21 auf 13% zurück. Auch hier wird im vierten. Quartal eine Lockerung erwartet.

http://www.ecb.europa.eu/stats/pdf/blssurvey_200910.pdf?1e2a0c17906113d6652a9ef2bb96a304

c) Steuern

Mehrwertsteuerdefizit in der EU über 106 Mrd. EUR in 2006

Nach einer von der Kommission in Auftrag gegebenen Studie in 25 Mitgliedstaaten, lagen die Mehrwertsteuerausfälle in der EU in den Jahren 2000 bis 2006 zwischen 90 und 113 Mrd. EUR jährlich. 2006 beliefen sich die Ausfälle auf 106.7 Mrd. EUR, was 12% der tatsächlichen Mehrwertschuld entspricht. Österreich liegt mit 14% (3.1 Mrd. EUR) darüber und Deutschland mit 10% (16.9 Mrd. EUR) darunter. Griechenland kommt auf eine Lücke von 30% und Luxemburg auf eine solche von lediglich 1%. Ursachen seien in erster Linie Steuerbetrug, aber auch legale Steuervermeidungen sowie Ausfälle auf Grund von Insolvenzen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1655&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Österreich diskriminiert im Bereich Wissenschaft und Forschung

Die Kommission hat beschlossen, beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen Österreich wegen der diskriminierenden Behandlung bestimmter ausländischer gemeinnütziger Einrichtungen zu erheben, die nicht in den Genuss von Steuervergünstigungen im Bereich Forschung und Wissenschaft kommen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1637&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/infringements/infringement_cases/index_de.htm

http://ec.europa.eu/community_law/index_de.htm

EZB kritisiert geplante Richtlinie zu Hedgefonds

In ihrer Stellungnahme zur Richtlinie zu Managern alternativer Investitionsfonds (insbesondere Hedgefonds) wiederholt die Europäische Zentralbank die bereits bei der Konsultation der Kommission erhobene Forderung, das Vorhaben international, vor allem mit den USA, abzustimmen, um eine Kapitalflucht zu verhindern. Grundsätzlich steht die EZB einer harmonisierten Regulierung und Aufsicht positiv gegenüber, doch dürfe der faire Wettbewerb zwischen diesen Fonds, den Banken und den Versicherungen nicht beeinträchtigt werden. Bei der Qualifikation der Fondsmanager solle sich der Richtlinienvorschlag an ähnlichen Bestimmungen im Finanzbereich der EU orientieren. Bei der Festlegung der Kennzahl von

Schulden und Eigenkapital (Leverage) sollten die Maßnahmen im Ausschussverfahren angenommen werden.

http://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/en_con_2009_81_f_sign.pdf

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

EZB kritisiert geplante Richtlinie zu Hedgefonds

In ihrer Stellungnahme zur Richtlinie zu Managern alternativer Investitionsfonds (insbesondere Hedgefonds) wiederholt die Europäische Zentralbank die bereits bei der Konsultation der Kommission erhobene Forderung, das Vorhaben international, vor allem mit den USA, abzustimmen, um eine Kapitalflucht zu verhindern. Grundsätzlich steht die EZB einer harmonisierten Regulierung und Aufsicht positiv gegenüber, doch dürfe der faire Wettbewerb zwischen diesen Fonds, den Banken und den Versicherungen nicht beeinträchtigt werden. Bei der Qualifikation der Fondsmanager solle sich der Richtlinienvorschlag an ähnlichen Bestimmungen im Finanzbereich der EU orientieren. Bei der Festlegung der Kennzahl von Schulden und Eigenkapital (Leverage) sollten die Maßnahmen im Ausschussverfahren angenommen werden.

http://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/en_con_2009_81_f_sign.pdf

Patentanwälte brauchen keine Adresse in Deutschland mehr

Nachdem Deutschland sein Recht angepasst hatte, stellte die Kommission ihr Vertragsverletzungsverfahren ein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1639&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/services/principles_en.htm

http://ec.europa.eu/community_law/index_en.htm

b) Inneres

Aufenthaltsrecht für Kinder türkischer Arbeitnehmer ausgeweitet

In seinen Schlussanträgen vor dem Europäischen Gerichtshof kam Generalanwalt Paolo Mengozzi zu dem Ergebnis, dass ein Kind eines früher im Aufnahmemitgliedstaat drei Jahre lang ordnungsgemäß beschäftigten türkischen Arbeitnehmers, das in diesem Mitgliedstaat eine Berufsausbildung abgeschlossen hat, Anspruch auf freien Zugang zum Arbeitsmarkt dieses Staates und auf ein entsprechendes Aufenthaltsrecht hat, ungeachtet der Tatsache, dass seine Eltern diesen Mitgliedstaat auf Dauer verlassen haben, bevor dieses Kind in das Hoheitsgebiet dieses Mitgliedstaats zur Aufnahme seiner Berufsausbildung eingereist ist. Im Ausgangsfall vor dem OVG Berlin-Brandenburg hatte eine 1975 in Berlin geborene Türkin geklagt, die später mit ihrer Familie in die Türkei zurückkehrte und später als Volljährige in Deutschland ein Studium abschloss.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-462/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-462/08)

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

Mandat für UNO-Klimakonferenz – EU sagt Finanzierung zu

Bei ihrem Treffen am 29./30.10. bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der EU das Ziel einer Verringerung der weltweiten Emissionen um mindestens 50% bis 2050, verglichen mit 1990

(80-95% in den Industrieländern), auf der UNO-Klimakonferenz in Kopenhagen am 07.-18.12. Alle Länder, mit Ausnahme der am wenigsten entwickelten, sollten zur internationalen öffentlichen Finanzierung beitragen. Die Netto- Zusatzkosten für Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern beliefen sich bis 2010 auf insgesamt etwa 100 Mrd. EUR jährlich, die zum Teil durch Eigenleistungen aufzubringen wären.

Die EU sei bereit, ihren Anteil an der Finanzierung zu übernehmen, wenn andere wichtige Akteure vergleichbare Anstrengungen übernähmen. Der Anteil und der auf die einzelnen Mitgliedstaaten entfallende Satz wurden jedoch nicht konkretisiert. Außerdem blieb weiterhin unklar was ab 01.01.2013 mit den vor allem in Osteuropa gehaltenen ungenutzten Emissionsrechten nach dem Kyoto-Protokoll geschehen soll.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf (Europäischer Rat)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14790.de09.pdf> (Standpunkt für Klimakonferenz)

Neuregelungen bei Elektro- und Elektronikgeräten (WEE und RoHS)

Bei der ersten Orientierungsaussprache im Rat der EU-Umweltminister am 21.10. über die Richtlinie 2002/96/EG über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE-RL) und über die Richtlinie 2002/95/EG (RoHS-RL, RoHS = Restriction of Hazardous Substances (Beschränkung von gefährlichen Stoffen)) äußerten die Mitgliedstaaten Bedenken zu dem Vorschlag, den Geltungsbereich der Gefahrstoffrichtlinie (RoHS) durch den Rückgriff auf eine erschöpfende Liste von Produkten zu bestimmen. Die Meinungen waren auch geteilt, ob beide Richtlinien denselben Geltungsbereich haben sollten, wie von der Kommission vorgeschlagen. Die Beratungen im Umweltausschuss des EP beginnen im November. Die erste Lesung im EP wird für den 18.05.10 erwartet.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/110643.pdf (Council Environm't)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14444.de09.pdf> (Fragen für Orientierungsaussprache)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1561&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (PM Kommission)

Deutschland hat besondere Vogelschutzgebiete ausgewiesen

Nachdem Deutschland zusätzliche Vogelschutzgebiete ausgewiesen hat, konnte die Kommission ein sich über mehrere Jahre hinziehendes Verfahren einstellen. Im Jahr 2001 übermittelte die Kommission ein erstes Mahnschreiben, weil Deutschland es versäumt hatte, im Rahmen der Vogelschutzrichtlinie besondere Schutzgebiete (BSG) in ausreichender Zahl und Größe auszuweisen. Im Jahr 2006 wurde ein zweites Mahnschreiben übermittelt, weil in neun Bundesländern noch immer nicht genug Gebiete ausgewiesen waren. Seit 2006 hat Deutschland mehr als 12 000 km² als zusätzliche Gebiete ausgewiesen und bestehende Gebiete vergrößert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1651&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/environment/legal/implementation_en.htm

b) Verkehr

Weitere Schritte für Raumfahrtkomponente von GMES

In einer am 29.10. von der Europäischen Kommission angenommenen Mitteilung werden die Ergebnisse vorgestellt und es wird auf die nächsten Schritte eingegangen, die sicherstellen sollen, dass GMES auf kostenwirksamste Weise voll in Betrieb gehen kann. Sie behandelt jedoch nur die Weltraumkomponente, da sie vor allem den Programmumfang sowie die In-situ-Infrastruktur und die Gesamtkosten festlegt. Die EU hat 2005 die strategische Grundsatzentscheidung getroffen, unter dem Namen „Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES)“ eine eigenständige europäische Kapazität für die Erdbeobachtung zu entwickeln, die Dienste in den Bereichen Umwelt und Sicherheit bereitstellt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1611&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

Deutschland missachtet Regeln bei Funkfrequenzbändern

Die Kommission hat am 29.10. gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil es verabsäumt hat, das Frequenzband 2500–2690 MHz für eine breite Palette von Funkdiensten, darunter auch für ortsfeste drahtlose Funkdienste, zuzuweisen. Deutschland hat dieses Band gegenwärtig nur für Mobilfunkdienste zugewiesen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1614&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/implementation_enforcement/infringement/

Frei werdende Frequenzen sollen neuen Diensten zugute kommen

Die Kommission hat am 28.10. Pläne für die koordinierte Zuweisung von Funkfrequenzen vorgelegt durch welche die dank Digitalfernsehen frei werdenden vier Fünftel der bisher für die Übertragung von Fernsehsignalen genutzten Frequenzen für neue, innovative Dienste genutzt werden, die Funksignale verwenden, vom drahtlosen Internetzugang über Mobiltelefone mit fortgeschrittenen Funktionen bis hin zu neuen interaktiven und hochauflösenden Fernsehprogrammen. Von dieser Entwicklung könnten abgelegene Regionen profitieren, da die neuen Frequenzen für den schnellen Internetzugang über drahtlose Breitbandverbindungen in Gebieten nutzbar wären, die noch nicht an entsprechende Festnetze angeschlossen sind.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1595&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/radio_spectrum/topics/reorg/dividend/index_en.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/482&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Effizientere Infrastrukturen dank „Internet der Zukunft“

Die Kommission stellte am 28.10. eine Strategie vor, durch die Europa zum Vorreiter bei der Entwicklung intelligenter, internetgestützter Infrastrukturen werden soll. Die europäischen Regierungen und die Branche der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) werden aufgerufen, die steigende Nachfrage nach innovativen Internetanwendungen zu nutzen und bestehende Infrastrukturen wie das Gesundheitswesen, Stromnetze und Verkehrsmanagement „intelligenter“ zu machen. Zu diesem Zweck wird die Kommission eine Partnerschaft zwischen Behörden und führenden IKT-Akteuren in Gang setzen, für die 2011-2013 ein Budget von 300 Mio. EUR vorgesehen ist. Die Mittel dienen der Finanzierung von Projekten, die demnächst ausgewählt werden sollen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1596&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/activities/foi/library

XI: Sonstiges

Jan Trzuszczński zum Generaldirektor für Bildung und Kultur ernannt

Die Kommission hat am 28.10. Jan Trzuszczński zum neuen Generaldirektor der GD „Bildung und Kultur“ berufen. Erstmals wird damit ein Staatsangehöriger eines der seit 2004 der EU beigetretenen Mitgliedstaaten (EU-12) zum Generaldirektor ernannt. Der aus Polen stammende Trzuszczński (59) ist derzeit stellvertretender Generaldirektor der GD „Bildung und Kultur“. Von 2001 bis 2005 war er erster Unterstaatssekretär und anschließend Staatssekretär im polnischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten. In dieser Funktion war er als polnischer Chefunterhändler für die Verhandlungen über den EU-Beitritt Polens verantwortlich. Er wird sein Amt voraussichtlich am 1. Mai 2010 antreten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1606&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>